Die Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen rücken enger zusammen

Die „Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten von Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen“ (RegLeg) ist ein politisch-informelles Netzwerk, das sich für die besonderen Ansprüche und Interessen der Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen im Beschlussfassungsprozess der Europäischen Union einsetzt. Initiiert wurde RegLeg nach der Regierungskonferenz von Laeken 2001, im Rahmen derer der Europäische Verfassungskonvent eingeleitet wurde. Das Netzwerk verfügt derzeit über 73 Mitgliedsregionen aus acht Unionsstaaten, die alle über gesetzgeberische Kompetenzen verfügen, eine eigene Regierung haben, über direkt gewählte Parlamente verfügen und die für die Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften zuständig sind. Die Mitgliedsregionen aus Österreich, Deutschland, Italien, Belgien, Spanien, Schottland, Wales, Nordirland, Portugal und Finnland stehen für beinahe die Hälfte der EU-Bevölkerung. RegLeg konzentrierte sich in seiner Arbeit dementsprechend häufig auf institutionelle Aspekte, wie der Absicherung des Subsidiaritätsprinzips oder besseren Anhörungsrechten für die Regionen im Rechtssetzungsprozedere. So hat RegLeg mit Vehemenz im Rahmen des Verfassungsprozesses bzw. der Erstellung des Lissabon-Vertrags für eine Aufwertung der Regionen im Europäischen Mehrebenensystem geworben.

Koordiniert werden die Tätigkeiten über das „Coordination Committee“ (kurz CoCo), das sich aus Beamtinnen und Beamten aus 21 Mitgliedsregionen (darunter auch Wien) zusammensetzt und in Abständen von etwa zwei Monaten tagt. Im CoCo wird zudem die jährlich rotierende Präsidentschaft von RegLeg gewählt. Zu den Aufgaben der Präsidentschaft zählen unter anderem die Organisation der CoCo-Sitzungen und der jährlichen Mitgliederkonferenz, sowie die Außenvertretung des Netzwerkes.

Eine Troika für REGLEG

Die Durchschlagsfähigkeit des Netzwerkes hängt aufgrund der Informalität stark vom Engagement der einzelnen Regionen ab. In diesem Zusammenhang zeigte sich in der Vergangenheit, dass vor allem wirtschaftlich und politisch potente Vorsitzregionen zum Erfolg des Netzwerkes beitragen können. Dementsprechend stellt analog zur Ausgestaltung der EU-Ratspräsidentschaft eine Troika den Vorsitz von RegLeg. Diese Neuerung des Jahres 2010 stellt sicher, dass Prioritäten kontinuierlich verfolgt werden können und längerfristige Entwicklungen auf europäischer Ebene angemessene Beachtung finden. Die erste Troika wurde 2010 von Aragon (ESP) eröffnet, das die Fackel für 2011 bereits an Brüssel (BEL) weitergereicht hat. 2012 wird Wien die Troika komplettieren und den Abschlussvorsitz für ein Jahr übernehmen.

Die Schwerpunkte 2010

Kontakt:
Mag.ª Daniela Urschitz
Leiterin MD-VD, Dezernat EU-Angelegenheiten
daniela.urschitz@wien.gv.at

Im wesentlichen fokussierte das Netzwerk folgende Themenbereiche:

Die weitere Beschäftigung mit institutionellen Fragestellungen zur Erhöhung des regionalen Einflusses im Europäischen Mehrebenensystems war auch 2010 eine zentrale Aufgabe. Insbesondere die „Nachbetreuung" der im Rahmen des Lissabon-Vertrags erreichten Verbesserungen für Regionen. Beispielsweise wurde in einem gemeinsamen Seminar zur Neuregelung der Komitologie – die möglicherweise etwas Spielraum für Städte und Regionen bei der Entsendung von Expertinnen und Experten eröffnen könnte – noch strittige Fragen bei der Umsetzung der Vertragsänderungen erörtert. 2010 wurde außerdem ein Kooperationsabkommen mit der CALRE (Conference of European Regional Legislative Assemblies) vorbereitet, das noch im Februar 2011 unterzeichnet werden und die Effizienz der beiden Organisationen, gemeinsam mit dem KGRE (Kongress der Gemeinden und Regionen Europas) verstärken soll.

Angesichts der Aufgabe einer wirtschaftspolitischen Neuausrichtung der Union und den Ver-handlungen zum neuen EU-Haushalt, betont RegLeg verstärkt ökonomische Agenden. Die Umsetzung von Europa 2020 sowie die Ausarbeitung einer zukünftigen Kohäsionspolitik markieren Weggabelungen für die zukünftige Ausrichtung europäischer Regionalpolitik. Dementsprechend intensiv wurde versucht, die Argumente der Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen adäquat zu vermitteln. Diese Orientierung an der aktuellen Agenda der europäischen Union erhöhte die Sichtbarkeit des Netzwerkes merklich. Dafür sprechen zahlreiche Einladungen zu hochrangigen Treffen der Ratspräsidentschaften wie dem territorialen Dialog in Malaga oder dem informellen Ministertreffen Regionalpolitik in Zaragoza.

Die Zielsetzungen des Netzwerkes reichen mittlerweile weit über institutionelle Themen hinaus, und wurden bei der 11. Konferenz der RegLeg-Präsidentinnen und Präsidenten im November 2010 bestätigt und verfeinert. Die Zaragoza-Deklaration mit ausführlichen Informationen zum Arbeitsprogramm für 2011 ist im Volltext unter folgendem Link abrufbar:
www.regleg.eu/downloads/summits/ZDEN.

Pedro García Gracia (Aragon), Pascal Goergen (Brüssel) und Elisabeth Vitouch (Wien) bei der 11. Konferenz der Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen im spanischen Zaragoza